

 KV SAARLAND <small>KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG</small>	Antrag	Dezernat Versorgung
	Früherkennungsuntersuchung auf Hautkrebs (Versicherte unter 35 Jahren)	Stand 01.03.2023
		QM-Nr. II.09.2.1
		Seite 1 von 4

Bitte zurücksenden an:

Kassenärztliche Vereinigung Saarland
Dezernat Versorgung - Fachbereich Qualitätssicherung
 Europaallee 7 – 9
 66113 Saarbrücken

Antrag auf Teilnahme an den Verträgen zur Durchführung einer Früherkennungsuntersuchung auf Hautkrebs für Versicherte unter 35 Jahren (BARMER, Bosch BKK, HEK, IKK Südwest, TK, KNAPPSCHAFT – KVS)

Leistungserbringer/in

 Name, Vorname, Titel _____
LANR

✉ Anschrift

@ E-Mail-Adresse

☎ Telefonnummer

Tätigkeitsart

Ab/Seit: _____ niedergelassen angestellt ermächtigt
 Gemeinschaftspraxis Einzelpraxis MVZ Einrichtung

 Name der Praxis / des MVZ / der Einrichtung

Praxisübernahme von: _____
 Name, Vorname

Teilnahme an hausärztlicher Versorgung fachärztlicher Versorgung

 im Fachgebiet und ggf. Schwerpunkt / Zusatzbezeichnung

Tätigkeitsorte (Der Antrag bezieht sich auf folgende (Neben-)Betriebsstätten)

 ✉ Anschrift _____
BSNR

 ✉ Anschrift _____
BSNR

 ✉ Anschrift _____
BSNR

 ✉ Anschrift _____
BSNR

Beantragte Leistungen (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

- Früherkennungsuntersuchung auf Hautkrebs für Versicherte unter 35 Jahren (GOP 98200)
- Auflichtmikroskopie HEK (GOP 98205)

Nachweis der Genehmigungsvoraussetzungen (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

- Ich bin Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten (Bitte Urkunde beifügen.)

Hinweise

Eine Genehmigung ist für jeden Ort der Leistungserbringung erforderlich.

Anträge auf Teilnahme an den vorgenannten Verträgen für angestellte Ärzte sind vom Leiter des MVZ bzw. vom anstellenden Arzt und für die Einrichtung vom leitenden Arzt zu stellen.

Jede Veränderung ist der KVS unverzüglich anzuzeigen.

Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass

- ich die vertraglichen Regelungen kenne, akzeptiere und umsetze,
- ich die Voraussetzungen als teilnehmender Arzt erfülle und Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten bin,
- ich alle Auskünfte erteilen und alle erforderlichen Unterlagen vorlegen werde, die die KVS zur Überprüfung ihrer sicherzustellenden und zu gewährleistenden Tätigkeiten benötigt.
- ich die Datenschutzinformationen nach Art. 13 und 14 DSGVO gelesen habe und ich die Einwilligung dazu erteile, dass die Vertragspartner meine oben genannten Daten zum Zwecke der Durchführung der vorgenannten Verträge erheben und verarbeiten dürfen. Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann. Ein Widerruf führt zum Ausschluss der weiteren Teilnahme an den Verträgen. Eine (Teil-)Löschung der Daten führt ebenso zum Widerruf.

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit aller vorstehenden Angaben.

Datum

Unterschrift Leistungserbringer/in

ggf. Stempel

Bei angestellten Ärzten:

Datum

Unterschrift anstellende/r Arzt/Ärztin
bzw. Ärztliche/r Leiter/in des MVZ

Stempel

Datenschutzinformationen nach Art. 13 und 14 DSGVO

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen für die Datenverarbeitung

Verantwortlich im Sinne der Gesetze ist die:

Kassenärztliche Vereinigung Saarland
Europaallee 7 – 9
66113 Saarbrücken
Deutschland
Telefon: 0681 99 83 70
Fax: 0681 99 83 7-140
E-Mail: info@kvsaarland.de

II. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:
Europaallee 7 – 9
66113 Saarbrücken
Deutschland
Telefon: 0681 99 83 70
Fax: 0681 99 83 7-140
E-Mail: datenschutz@kvsaarland.de

III. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage

Die personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung des Antrages für die Teilnahme an den vorgenannten Hautkrebscreening-Verträgen erhoben und verarbeitet. Dies beinhaltet auch die Verarbeitung der im Antrag genannten personenbezogenen Daten bei einer Neubeantragung.

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, dient Art. 6 Abs. 1a EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unsere Organisation unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1c DSGVO als Rechtsgrundlage.

IV. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

V. Betroffenenrechte gegenüber dem Verantwortlichen

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie „betroffene Person“ i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber der KVS als Verantwortlicher zu:

Diese Rechte können Sie geltend machen, indem Sie den Ihnen bekannten Ansprechpartner oder unseren Datenschutzbeauftragten unter Schilderung Ihres Anliegens kontaktieren.

1. Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, jederzeit von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen unentgeltliche Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten personenbezogenen Daten sowie eine Kopie dieser Daten zu erhalten. Sie können eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

2. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Berichtigung und/oder Ergänzung sie betreffender unrichtiger oder unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der vom Gesetzgeber in Art. 18 Abs. 1 DSGVO vorgesehenen Voraussetzungen vorliegt.

4. Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, welche durch die betroffene Person einem Verantwortlichen bereitgestellt wurden, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Sie hat außerdem das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf der Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1b DSGVO beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

6. Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben e oder f DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen.

7. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht der betroffenen Person das Recht das Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO.

Zuständige saarländische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist das:

Unabhängige Datenschutzzentrum Saarland
Fritz-Dobisch-Straße 12
66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 94781 0
Fax: 0681 / 94781 29
E-Mail: poststelle@datenschutz.saarland.de